

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redaktion und Verlag: Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28. Tel.: E 1
Verolina 5481. Geschäftszeit des Verlages von 1/2 17 Uhr bis 1/2 17 Uhr.
Juristische Sperrkunds: Dienstag und Freitag von 18 bis 19 Uhr.

Erscheint täglich außer Montags

Abdruck: Rotafahne Berlin. Bankkonto: Darlehnskassen- und Nationalbank
Berlin, Dep.-Kasse Alliance-Pl. Vereinstigte Zeitungsverlage, G.m.b.H.
Postfachkonto Berlin NW 378 70

Bezugspreis pro Woche 70 Pf., monatlich 3.— Mark einschließlich Zustell-
geld in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. — Vorauszahlbar.
Postbezug inkl. Postgebühr 3.80 Mark; Einzelband im Inland sowie nach
Oesterreich, Litauen, Ungarn, Dänzig, Memel- und Saargebiet 4.50 Mark,
übrige Länder 4.80 Mark.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12spaltige Standardzeile 70 Pf. Arbeiter-
organisations- und Familienanzeigen: Zeile 40 Pf.
kleine Anzeigen: Zeile 15 Pf., Belegstellen 30 Pf. Anzei-
genpreis: 1. Sort 5 Pf.
Anzeigenabteilung: Kleine Alexanderstr. 28. Tel. (E 1) Verolina 1932, 1912.

Polizeitriller statt Glockengeläut

Grzeński-Weihnacht mit Polizeialarm — Weihnachtsparadiere bedrohen die Staatsicherheit

Glockenspiel und Johanneschöre, die vom Kirchturn der
Anbruch der „Stillen, Heiligen Nacht“ ankünden, gehören der
Vergangenheit an. Die Weihnachtsmusik des „Heiligen Abend“
1930 in Berlin sollen die Trillerpfeifen der Ueberfall-
kommandos der Polizei des Sozialdemokraten Grzeński spielen.

Das Polizeipräsidium läßt im „Berliner Tageblatt“ ver-
öffentlichen:

„Die Berliner Schutzpolizei ist morgen, am Weihnachts-
festabend, in erhöhter Alarmbereitschaft, weil
die kommunistische Seite „Weihnachtsparadiere“
durch die Straßen geplant sind. Da für Berlin noch immer das
vom Polizeipräsidium erlassene Demonstrationsverbot
besteht, wird die Schutzpolizei überall dort, wo es zu Ansamm-
lungen oder Ausschreitungen kommen sollte, mit starken
Kräften eingreifen, um Unruhestörungen zu vermeiden. An
allen Brennpunkten der Stadt werden Abteilungen der Polizei
stationiert. Außerdem ist ein harter Sirensdienst vorgesehen,
der auch an den beiden Weihnachtsfesttagen beibehalten wird.“

Wir begrüßen dieses Eingeständnis des Berliner Polizei-
präsidenten Grzeński. Weihnachtsparadiere gefährden also
die Staatsicherheit Seevering-Preußens. „Starke“ Polizeitriller
gegen Spaziergänger. Warum? Weil das Demonstrations-
verbot besteht. Wo hin weg mit dem Demonstrations-
verbot!

Demonstrationen sind in Berlin verboten. Wir wissen es.
Aber wer spricht von Demonstrationen? Selbst das Berliner
Polizeipräsidium nicht. Es spricht von Weihnachtsparadiere.
Glaubt Herr Grzeński, er kann den hungernden und frierenden
Erwerbslosen verbieten, ihre in den ungeheizten Wohnlöchern
Klamm gefrorenen Füße in den Weihnachtsstagen bei Spazier-
gängen warm zu laufen? Glaubt Herr Grzeński, die spazieren-
gehenden Erwerbslosen würden zu seiner Freude am „Heiligen
Abend“ ihre hohlen Barden aufblasen und Weihnachtengel-
geschlechter machen?

Herr Grzeński kann viel anordnen. Zufriedenheit mit dem
Ebensdasein aber kann er den hungernden vier Millionen
Erwerbslosen und den Werttätigen nicht befehlen.

Bezirgszustand und Demonstrations- verbote

Der Polizeiverwalter von Bernau hat mit Genehmigung des
Regierungspräsidenten von Potsdam für die Stadt Bernau
vom 24. bis zum 26. Dezember den Ausnahmezustand
verhängt und alle Kundgebungen unter freiem Himmel ver-
boten. Ein starkes Kommando Schupo ist für die Weihnachts-
feierstage nach Bernau beordert. Auch die Berliner städtische
Polizei ist in Alarmzustand versetzt.

München, 23. Dezember. Das Bezirksamt München hat
während der Weihnachtstage alle Aufmärsche, Kundgebungen und
Versammlungen unter freiem Himmel verboten. Die Polizei
erklärt, daß sie alle Nachmittage anwenden werde, um Kund-
gebungen schon im Reime zu ersticken.

Köln, 23. Dezember. Sämtliche Kundgebungen und Ver-
sammlungen unter freiem Himmel sind für die Zeit vom 24. bis
26. Dezember polizeilich verboten worden.

Halle, 23. Dezember. Der Regierungspräsident für den
Regierungsbezirk Magdeburg hat im gesamten Bezirk für den
24. Dezember alle Umzüge und Versammlungen unter freiem
Himmel verboten.

Preußenpolizei im Dienste Fricks In Preussisch-Erfurt Vorzensur für Thüringen

Erfurt, 23. Dezember. (Eig. Draht.) Heute vormittag
wurde die Druckerei unserer Zeitung, des „Thüringer Volks-
blattes“ von der Polizei heimgesucht. Der Druck wurde unter-
brochen werden, weil gestern ein Aufruf der Bezirksleitung der
Kommunistischen Partei erschienen war, der zu Demonstrationen
in Nazi-Thüringen aufrief. Es wurde nachgeprüft, in-
wiefern die heutige Nummer strafrechtlich Besan-
lassung zu Maßnahmen gibt. Durch einen Kommissar
wurde der Druck erst nach der Zensur wieder freigegeben.
In Gotha wurde die Zeitung von der Kreis-Polizei be-
schlagnahmt wegen der Beilage „Erwerbslose u. Cho“

und wegen eines Aufrufs des Kampfkomitees gegen Hunger und
Faschismus, in welchem zu Demonstrationen aufgerufen wurde.
Erfurt gehört zu Preußen. Die Polizei Seeverings übt also
im Auftrag des Reichministers Frick eine Zensur aus. Enger
kann man nicht zusammenarbeiten.

Bier Millionen Erwerbslose!

1,6 Millionen mehr als im Vorjahre

Die Zahl der Arbeitslosen steigerte sich vom 1. bis
zum 15. Dezember um 278 000, auf rund 3 977 000.
Die entsprechende Zahl belief sich Mitte Dezember im
Vorjahre auf rund 2 362 000. Es sind also in diesem
Jahre über 1,6 Millionen Erwerbslose mehr.

Durch die Erwerbslosensicherung er-
hielten am 15. Dezember 1 916 000 Erwerbslose Unter-
stützung, durch die Krisenfürsorge 603 000. Etwa
1 000 000 Erwerbslose waren auf die Wohlfahrtsämter
angewiesen, die übrigen 800 000 erhalten überhaupt
keine Unterstützung.

Maernnachrichten aus Düsseldorf

Düsseldorf, 23. Dezember. (Eig. Bericht.) Alles deutet
darauf hin, daß die Polizei während der Weihnachtstage gegen
die Kommunisten, über die die tollsten Gerüchte von der bürger-
lichen Presse verbreitet werden, eine Aktion unternehmen will.
Man redet von Fußscharabichten der Kommunisten. In den letzten
Tagen fanden bereits Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Fun-
ktionären statt. Es wird angekündigt, daß gegen Hungermärsche
der Erwerbslosen an den Weihnachtstagen mit den stärksten
Mitteln eingeschritten wird. Wie wir zuverlässig erfahren,
wurde in benachbarten Dörfern am Niederrhein Reichswehr
einquartiert.

Brennende Ruhr

Was geht im Ruhrgebiet vor?

Generaldirektor Boegler, Schürmacher unter den Lohn-
räubern und König über 80 000 Kumpels, erhält monatlich
eine Kleinigkeit von 50 000 Mark oder etwa 1600 Mark pro
Tag. Man ist er unzufrieden; es ist ihm zu wenig. Das
wird anerkannt.

Der Kumpel an der Ruhr, der bei schwerer und gefahr-
voller Arbeit, wenn er Vollarbeiter ist, 25 Mark oder 7 bis
8 Mark pro Tag verdient, ist auch unzufrieden. Das wird
nicht anerkannt.

Der „Spritzige“ Arbeitsminister und Gewerkschaftsführer
Stegerwald kann kein Unrecht und keine Unzufriedenheit
ertragen, er will „Friede auf Erden“. Deshalb ist er dabei,
einen Schiedspruch zu verordnen und für verbindlich zu erklären,
der dem Kumpel etwa eine Mark pro Tag raubt, zu Gunsten
des Herrn Boegler samt der übrigen Aktionäre und Bergwerks-
direktoren.

Der springende Punkt ist nunmehr der, daß die Bergarbeiter
sich das nicht gefallen lassen und unter Führung der
Revolutionären Gewerkschaftsopposition einen Ueberrückzeit
organisieren.

Das ist der kurze Sachverhalt.

Die „Finanzpolitische Korrespondenz“ berichtet in ihrer
Nummer vom 15. Dezember über das „Bergarbeiter-
lohneinkommen im Ruhrgebiet“. Nach verschiedenen
Berechnungen kommt die „Finanzpolitische Korrespondenz“ zu
folgendem Ergebnis:

Der Monatsverdienst des Ruhrbergarbeiters ist innerhalb
eines Jahres, unter Berücksichtigung der Verluste durch Arbeits-
losigkeit und Feiertagen, um über 30 Mark auf 189 Mark

Brünig — Dingeldey — Frick

Koalitionsverhandlungen!

Nach Neujahr Eintritt der Nazis in die Reichsregierung?

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind die
ersten noch unverbindlichen Koalitionsverhand-
lungen zwischen dem Zentrum und den National-
sozialisten, wie sie bereits in diesem Herbst begannen,
aber später abgebrochen wurden, eingeleitet worden.
Vermittler ist der Vorsitzende der Deutschen Volkspartei,
der Reichstagsabgeordnete Dingeldey.

Die Verhandlungen werden mit dem Ziel geführt, die
Voraussetzungen für den Eintritt der Nationalsozialisten in die
Regierung zu schaffen. In Verbindung damit steht auch die
Frage Preußen. Die Nationalsozialisten haben dem Zentrum
zu verstehen gegeben, daß sie

sofort nach Neujahr ihr Volksbegehren gegen die
preussische Regierung einleiten werden, wenn nicht in
kürzester Frist das Zentrum sein Verhältnis zu den
Nationalsozialisten klärt.

Bekanntlich bezeichnete Goebbels seinerzeit selbst dieses
Volksbegehren als das Damoklesschwert, das man fallen
lassen würde, sobald es den Nazis politisch geeignet erscheint.
Die Rechtfertigung Fricks vor dem Reichsgericht in
Leipzig ist, wie wir gestern sagten, nach dem Verbot des
Nemarque-Films

der zweite Koalitionsvorstoß des Zentrums an die
Nationalsozialisten.

Bemerkenswert ist auch die Debatte um eine Rede Grze-
nski in Tempelhof, die zwischen der „Vorzeitung“ und
dem „Vorwärts“ geführt wurde und in die plötzlich die
Zentrums-„Germania“ eingriff. Hier schlägt das
Zentrum bereits bemerkenswert unfreundliche Töne gegen

den sozialdemokratischen Koalitionsbruder in Preußen an. In
den sogenannten „republikanischen“ Kreisen des Zentrums ver-
lautet, daß Frick noch vor Neujahr zurücktreten will, jedoch
erst dann, wenn sein Nachfolger bestimmt ist.

Die Ministerkrisis ausgebrochen

Über interne Vorgänge bei den Nationalsozialisten erfahren
wir Einzelheiten, die angesichts der begonnenen Koalitionsver-
handlungen sehr bemerkenswert sind. Der von Hitler geführte
Führer, der zur Koalitionspolitik mit dem Zentrum
drängt und der von der Schwerindustrie auf das tat-
kräftigste unterstützt wird, hat die Oberhand gewonnen. In den
Kreisen der Industrie hat man die Gefahr erkannt, die aus einer
Beibehaltung des geheimen Sozialistischen Kartells entsteht. Die von
den Nazis um den Sozialismus herangezogenen proletarischen An-
hänger der Hitlerbewegung orientieren sich in immer
stärkerem Maße auf die kommunistische Partei.
Und deshalb haben die Wirtschaftsführer in den vergangenen
Wochen immer mehr darauf gedrängt, daß eine eindeutige hitler-
gerichtete Politik von den Nationalsozialisten garantiert wird.
In der Reichstagsaktion hat sich bereits eine Gruppe von neuen
führernden Abgeordneten gebildet, die von den demagogischen
Methoden angeblicher Arbeiterfreundlichkeit bewacht abblättern.
Neben Reinhard und Rosenberg gehört auch Feder-
herzu, dessen offenes Abtrüden vom Sozialismus seinerzeit
berühmtes Aufsehen erregte. Diese Vorgänge innerhalb
der Nationalsozialistischen Partei ergatten auch eine besondere
Charakterisierung durch die Rede Hitlers in einer engeren
Kreise der westfälischen Schwerindustrie in der Villa
des bekannten Großindustriellen Kirdorf. (Wir berichten dar-
über an anderer Stelle.)